



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 29.11.2017

Anwesend

- Vorsitz

Michael Ebling

- Verwaltung

Günter Beck
Christopher Sitte
Karin Eder
Dr. Eckart Lensch
Marianne Grosse

- Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Claus Berndroth
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Dr. Matthias Dietz-Lenssen
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Ursula Groden-Kranich, MdB
Klaus Hafner
Gunther Heinisch
Ansgar Helm-Becker
Waltraud Hingst
Horst Hof
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Martin Kinzelbach
Johannes Klomann, MdL
Daniel Köbler, MdL
Sylvia Köbler-Gross
Walter Koppius
Martina Kracht
Thorsten Lange
Myriam Lauzi
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler

Dr. Christian Moerchel
Dr. Claudius Moseler
Thomas Neger
Anette Odenweller
Ann Kristin Pfeifer
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Hannsgeorg Schöning
Martin Schykowski
Claudia Siebner
Norbert Solbach
Gerhard Strotkötter
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Karin Trautwein
Christian Viering
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Sissi Westrich
Cornelia Willius-Senzer, MdL
Christine Zimmer

- **Schriftführung**

Christoph Sell

Entschuldigt fehlen

Wolfgang Reichel
Dr. Peter Tress
Zorlu Ünal

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Zusätzliche Landeszahlungen für Asylbewerber aus Steuermitteln an die Stadt (AfD)
2. Gesundheitskarte: Zusatzvereinbarung der Stadt Mainz mit der IKK Südwest (AfD)
3. Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund (AfD)
4. Beauftragung von externen Beraterbüros (FW-G)
5. Kosten und Einnahmen von MVGmeinRad (FW-G)
6. Stadtteilradrouten für Fahrräder und Pedelecs (FW-G)
7. Verkauf von städtischen Grundstücken (FW-G)
8. Treibhausgasemissionen in Mainz (FW-G)
9. Drohendes Dieselfahrverbot für die Stadt Mainz (FW-G)
10. Ergebnisse der Planung von der Klärschlammverbrennungsanlage (FW-G)
11. Sachstand Gutenberg-Museum (ÖDP)
12. Freiraumplanung Liebfrauenplatz (ÖDP)
13. Sicherheit auf den Rheinterrassen vor dem Fort Malakoff (ÖDP)
14. Grundstückssituation im Bereich des Bebauungsplangebietes HE 130 (ÖDP)
15. Kosten des Partnerschaftsbesuches in Zagreb (FW-G)
16. Errichtung von Taubenschlägen zur Eindämmung der Population im Stadtgebiet (ÖDP)
17. Umrüstung der Beleuchtungsanlagen an Sportplätzen auf LED (ÖDP)
18. Übernahme von Schulwegkosten durch die Stadt Mainz (ÖDP)
19. Verfügbarkeit von Kurzzeitpflegeplätzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
20. Entwicklung der Eigenanteile in der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

21. Stromsperren vermeiden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
22. Graffiti-Farbschmierereien mit USM-Schriftzügen im Stadtgebiet (AfD)
23. Synthetische Kraftstoffe (OME) – Ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz (FDP)
24. Kosten Tag der Deutschen Einheit in Mainz (ÖDP)
25. Regelungen für verpachtete städtische Flächen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
26. Sachstand Straßenkatzen in Mainz (SPD)
27. Zweckentfremdung von Wohnraum in Mainz (SPD)
28. Zukunft des Taubertsbergbadgrundstücks (DIE LINKE)
29. Insolvenz des Badbetreibers (DIE LINKE)
30. Mosaikartiger Steinbelag in der Bahnhofstraße (CDU)
31. Sauberkeit im Schulküchen- und Toilettenbereich der Mainzer Schulen (CDU)
32. Finanzierung von Publikationen durch die Stadt bzw. stadtnahe Unternehmen (CDU)
33. Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Mainz (CDU)
34. Mitarbeiter Mainzer Bürgerhäuser GmbH (CDU)
35. Regelmäßige Information der Initiatoren des Einwohnerantrags “Mainzer Rathaus“ durch die Verwaltung (CDU)
36. Wohnortnahe Kitaplätze (CDU)
37. Fahrdienst Köster & Hub (SPD)
 - 37.1 Sanierung der Bürgerhäuser (CDU)
 - 37.2 Baumfällungen und Neuanpflanzungen (CDU)
38. Fragestunde
39. Einwohnerantrag zur Förderung des Stadtteiltreffs Gonsenheim
40. Bürgerbegehren zur Erweiterung des Gutenberg Museums

Anträge

41. Bürgerentscheid zum Gutenberg-Museum (ÖDP/FW-G)
42. Bürgerentscheid zum Erweiterungsbau des Gutenbergmuseums (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
43. Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 17a der GemO RLP zum Gutenberg-Museum (CDU)
44. Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für die Region Rheinhessen gemeinsam mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms sowie der Stadt Worms (CDU)
 - 44.1. Ergänzungsantrag zum Antrag 1708/2017 der CDU-Stadtratsfraktion (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

45. Sachstandsberichte
 - 45.1. Sachstandsbericht zum Antrag 1340/2014/1 von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 - 45.2. Sachstandsbericht zum Antrag 0805/2016 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 - 45.3. Sachstandsbericht zum Antrag 1475/2011 der CDU
46. Rathaus Mainz
47. Gleichstellungspläne der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe 2016
48. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018
49. Nachtrag zum Stellenplan
50. Abschlussbericht zum Projekt "Aufbau eines zentralen, strategischen Immobilienmanagements bei der Landeshauptstadt Mainz"
51. Kommunale Datenzentrale Mainz
52. Kommunale Datenzentrale Mainz
53. Kommunale Datenzentrale Mainz

54. Wirtschaftliche Beteiligungen
 - 54.1. Wohnbau Mainz GmbH
 - 54.2. Wohnbau Mainz GmbH (WBM)
 - 54.3. Wohnbau Mainz GmbH
 - 54.4. TechnologieZentrum Mainz GmbH
 - 54.5. Rhein-Main-Donau AG
 - 54.6. Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
55. Taubertsbergbad Mainz
56. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
57. Wirtschaftsförderung
58. Namensgebung für die Integrierte Gesamtschule Mainz-Hechtsheim
59. Erhöhung der Schulsozialarbeit an den Integrierten Gesamtschulen in Mainz
60. Jugendpflegeetat - Erhöhung des Zuschusssatzes für Betreuerinnen und Betreuer
61. Finanzstatus Amt 51
62. Kindertagespflege; Erhöhung der Förderleistung in der Kindertagespflege
63. Städtische Kita Bretzenheim-Süd;
Ersatzneubau mit Veränderung des Betreuungsangebotes und provisorische Unterbringung bis zur Fertigstellung
64. „Umgestaltung Boppstraße / Bonifaziusstraße“ im Rahmen des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“
65. Überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 2 Mio. Euro für die Fördermaßnahme "Umgestaltung Wallaustraße" im Rahmen des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“.
66. Thermische Verwertung Mainz GmbH
67. 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 12. Juli 2016
68. Änderung Kostenplan des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz vom 14. Dezember 2016
69. Wirtschaftsplan 2018 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz
70. Investitionsprogramm des Entsorgungsbetriebes zum Finanzplan 2017-2021
71. Straßenbenennung in Mainz-Weisenau
72. Besetzung des Theaterbeirats

73. Investitionsprogramm 2018
74. Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz
75. Bestellung des Abschlussprüfers für die Rechnungsjahre 2017 bis 2019 der Gebäudewirtschaft Mainz
76. Planungs- und Gestaltungsbeirat Mainz
77. Bauleitplanverfahren "O 43/ 1.Ä" (Aufstellungsbeschluss)
78. Bauleitplanverfahren "O 67" (Satzungsbeschluss)
79. Bauleitplanverfahren "Alte Mainzer Straße (He 131)" (Satzungsbeschluss)
81. Bauleitplanverfahren "L 72" (Aufstellungsbeschluss)
80. Veränderungssperre "L 72-VS"
82. Fortschreibung Rahmenplan "Konversionsmaßnahme GFZ-Kaserne (O 53)"
83. Aktualisierung der nachrichtlichen Denkmalliste

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

84. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 84.1. Ergänzung von Gremien
85. Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]
86. Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

b) nicht öffentlich

87. Personalangelegenheiten
88. Grundstücksangelegenheiten

Der Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Oberbürgermeister Ebling das neue Ratsmitglied Gunther Heinisch als Nachfolger der ausgeschiedenen Antje Kuessner. Er verpflichtet ihn gemäß den gesetzlichen Vorschriften per Handschlag und weist insbesondere auf die Treue- und Verschwiegenheitspflicht hin.

Hinsichtlich der Tagesordnung werden folgende Änderungen vorgetragen:

Die fristgerecht eingegangene Anfrage Nr. 1731/2017 wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 37.1 behandelt.

Zu Punkt 44 liegt ein Ergänzungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vor (1708/2017/1).

Aus formellen Gründen muss die Abstimmung zu Punkt 81 vor der Abstimmung zu Punkt 80 erfolgen.

In die Tagesordnung aufzunehmen ist Punkt 84.1 (0006/2017).

Herr Gerster bittet um Aufnahme der Antwort zur Anfrage Nr. 1384/2017. Diese wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 37.2 behandelt.

Der Tagesordnung wird sodann einstimmig zugestimmt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Zusätzliche Landeszahlungen für Asylbewerber aus Steuermitteln an die Stadt (AfD)**
Vorlage: 1482/2017

Herr Stumpf bittet um Mitteilung, wie viel Euro die Stadt Mainz aus den zusätzlichen Landesmitteln erhält.

Hierzu erklärt Herr Beigeordneter Dr. Lensch, dass die Abrechnung im Dezember erfolge. Sobald die konkreten Zahlen vorliegen, werde die Antwort nachgereicht.

Punkt 2 **Gesundheitskarte: Zusatzvereinbarung der Stadt Mainz mit der IKK Südwest (AfD)**
Vorlage: 1483/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch vorgelegten Antwort fragt Herr Stumpf, ob die elektronische Gesundheitskarte von der Stadt Mainz eingezogen werde und weshalb die von der Krankenkasse erbrachten Dienstleistungen nicht mehr von der Verwaltungspauschale abgedeckt seien.

Herr Beigeordneter Dr. Lensch erklärt, dass die Gesundheitskarte von der Verwaltung eingezogen werde und dass davon ausgegangen wird, dass die Verwaltungspauschale künftig die Leistungen abdecke. Dies könne aber nicht mit letzter Sicherheit zugesagt werden.

Punkt 3 **Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund (AfD)**
Vorlage: 1485/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

Punkt 4 **Beauftragung von externen Beraterbüros (FW-G)**
Vorlage: 1499/2017

Zu dem von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Zwischenbericht bittet Herr Mehler um Mitteilung, wann mit der Antwort gerechnet werden könne.

Hierzu teilt der Vorsitzende mit, dass die Dezernate zurzeit abgefragt würden und dass davon ausgegangen werden könne, dass die Anfrage zur nächsten Sitzung beantwortet sein wird.

Punkt 5 **Kosten und Einnahmen von MVGmeinRad (FW-G)**
Vorlage: 1500/2017

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 6 **Stadtteilradrouten für Fahrräder und Pedelecs (FW-G)**
Vorlage: 1502/2017

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Eder ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 7 **Verkauf von städtischen Grundstücken (FW-G)**
Vorlage: 1503/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 8 **Treibhausgasemissionen in Mainz (FW-G)**
Vorlage: 1504/2017

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 9 **Drohendes Dieselfahrverbot für die Stadt Mainz (FW-G)**
Vorlage: 1529/2017

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 10 **Ergebnisse der Planung von der Klärschlammverbrennungsanlage (FW-G)**
Vorlage: 1530/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 11 **Sachstand Gutenberg-Museum (ÖDP)**
Vorlage: 1641/2017

Die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 12 **Freiraumplanung Liebfrauenplatz (ÖDP)**
Vorlage: 1643/2017

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 13 **Sicherheit auf den Rheinterrassen vor dem Fort Malakoff (ÖDP)**
Vorlage: 1675/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort fragt Herr Prof. Dr. Leinen, ob es einen Zeitplan für die Erneuerung der Beleuchtung der Malakoff-Terrasse gebe und inwieweit eine Erneuerung der Leuchten von dort bis zum Fischtorplatz vorgesehen sei.

Hierzu teilt Herr Oberbürgermeister Ebling mit, dass die Antwort nachgereicht werde.

Punkt 14 **Grundstückssituation im Bereich des Bebauungsplangebietes HE 130 (ÖDP)**
Vorlage: 1676/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 15 **Kosten des Partnerschaftsbesuches in Zagreb (FW-G)**
Vorlage: 1688/2017

Auf Nachfrage von Herrn Mehler teilt Herr Oberbürgermeister Ebling mit, dass die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat durch Vertreter der größten Stadtratsfraktionen angemessen repräsentiert worden seien.

Punkt 16 **Errichtung von Taubenschlägen zur Eindämmung der Population im Stadtgebiet (ÖDP)**
Vorlage: 1694/2017

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 17 **Umrüstung der Beleuchtungsanlagen an Sportplätzen auf LED (ÖDP)**
Vorlage: 1695/2017

Zu der von Frau Beigeordneten Grosse vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 18 **Übernahme von Schulwegkosten durch die Stadt Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 1696/2017/1

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch zur Kenntnis.

Punkt 19 **Verfügbarkeit von Kurzzeitpflegeplätzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1699/2017

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 20 **Entwicklung der Eigenanteile in der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1700/2017

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 21 **Stromsperrern vermeiden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1701/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 22 **Graffiti-Farbschmierereien mit USM-Schriftzügen im Stadtgebiet (AfD)**
Vorlage: 1702/2017

Die Nachfrage von Herrn Stumpf, ob die Aktivitäten der Gruppe stillschweigend akzeptiert würden, wird von Herrn Oberbürgermeister Ebling verneint.

Punkt 23 **Synthetische Kraftstoffe (OME) – Ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz (FDP)**
Vorlage: 1705/2017

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 24 **Kosten Tag der Deutschen Einheit in Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 1709/2017

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 25 **Regelungen für verpachtete städtische Flächen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1713/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort bittet Herr Dr. Huck um Mitteilung, warum auf den verpachteten Flächen keine biologischen Kriterien zur Anwendung kommen.

Hierzu teilt Herr Beigeordneter Sitte mit, dass die Landwirte in ihrer Entscheidung, wie sie die Flächen bewirtschaften möchten, frei seien. Vorgaben seitens der Stadt Mainz würden nicht gemacht.

Punkt 26 **Sachstand Straßenkatzen in Mainz (SPD)**
Vorlage: 1715/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort fragt Frau Dr. Pohl, ob seitens der Landesärztekammer weitergehende Daten vorlägen und ob künftig gemeinsame Termine mit dem Katzenhilfverein sowie der Landesärztekammer geplant seien.

Hierzu teilt Herr Beigeordneter Sitte mit, dass derzeit keine weitergehenden Daten vorlägen und die Verwaltung mit beiden Institutionen Kontakt aufnehmen werde, um eine verlässlichere Datenbasis zu erhalten.

Punkt 27 **Zweckentfremdung von Wohnraum in Mainz (SPD)**
Vorlage: 1716/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse zur Kenntnis.

Punkt 28 **Zukunft des Taubertsbergbadgrundstücks (DIE LINKE)**
Vorlage: 1717/2017

Auf Nachfrage von Herrn Proske teilt Herr Bürgermeister Beck mit, dass eine Lösung mit einem Erbaupacht-Grundstück nicht weiter verfolgt werde, da in diesem Fall die Zuschüsse an die Stadtwerke erhöht werden müssten.

Punkt 29 **Insolvenz des Badbetreibers (DIE LINKE)**
Vorlage: 1718/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck zur Kenntnis.

Punkt 30 **Mosaikartiger Steinbelag in der Bahnhofstraße (CDU)**
Vorlage: 1719/2017

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort bittet Frau Schmitt um Mitteilung, warum der Architekt die Empfindlichkeit des Bodenbelags und den damit einhergehenden Reinigungsbedarf nicht im Vorfeld mit berücksichtigt habe.

Hierzu teilt Frau Beigeordnete Grosse mit, dass der geeignetste Belag ausgewählt worden sei und im Vorfeld nicht abzusehen sei, wie sich der Verschmutzungsgrad entwickeln wird. Generell komme es zu einer Verbesserung des Zustands, wenn der Bodenbelag häufiger genutzt wird.

Punkt 31 **Sauberkeit im Schulküchen- und Toilettenbereich der Mainzer Schulen (CDU)**
Vorlage: 1720/2017

Auf Nachfrage von Frau Schmitt teilt Herr Beigeordneter Dr. Lensch mit, dass eine jährliche Grundreinigung vertraglich nicht geregelt sei. Herr Oberbürgermeister Ebling schlägt vor, dies im Werkausschuss der Gebäudewirtschaft Mainz zu thematisieren.

Punkt 32 **Finanzierung von Publikationen durch die Stadt bzw. stadtnahe Unternehmen (CDU)**
Vorlage: 1721/2017

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 33 **Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 1722/2017

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 34 **Mitarbeiter Mainzer Bürgerhäuser GmbH (CDU)**
Vorlage: 1723/2017

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 35 **Regelmäßige Information der Initiatoren des Einwohnerantrags "Mainzer Rathaus" durch die Verwaltung (CDU)**
Vorlage: 1724/2017

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort bittet Frau Groden-Kranich um Mitteilung, wann welche Jour fixe stattgefunden haben und wie die Initiatoren des Einwohnerantrags weiter informiert würden.

Hierzu teilt Herr Oberbürgermeister Ebling mit, dass die konkreten Termine der Jour fixe nachgereicht und die Gespräche vereinbarungsgemäß nach der Stadtratssitzung am 29. November 2017 fortgesetzt würden.

Punkt 36 **Wohnortnahe Kitaplätze (CDU)**
Vorlage: 1725/2017

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 37 **Fahrdienst Köster & Hub (SPD)**
Vorlage: 1726/2017

Auf Nachfrage von Herrn Behringer teilt Herr Beigeordneter Dr. Lensch mit, dass es zur Feststellung eines Verstoßes gegen das Landestariftreuegesetz noch weiteren Klärungsbedarf gebe. Vorher könne eine Kündigung des Vertragsverhältnisses nicht in Betracht gezogen werden.

Punkt 37.1 **Sanierung der Bürgerhäuser (CDU)**
Vorlage: 1731/2017

Zu den Zusatzfragen von Herrn Schöning teilt Herr Bürgermeister Beck mit, dass am 30. November 2017 ein klärendes Gespräch mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion stattfindet und dass ein zu früher Baubeginn zuschusschädlich sei. Daher müsse zunächst die Genehmigung des Zuschussgebers abgewartet werden.

Punkt 37.2 **Baumfällungen und Neuanpflanzungen (CDU)**
Vorlage: 1384/2017

Zu der von Frau Beigeordneten Eder vorgelegten Antwort fragt Herr Gerster, wie viele Bäume im Bereich der Zitadelle nachgepflanzt und zu welchem Zeitpunkt und an welchem Ort die Pflanzungen stattfinden würden.

Dazu teilt Frau Beigeordnete Eder mit, dass die konkrete Anzahl der Bäume nicht benannt werden könne und die Nachpflanzungen sich nach den hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln richten würden. Man sei generell bemüht, die Nachpflanzungen möglichst schnell umzusetzen.

Punkt 38 **Fragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 39 **Einwohnerantrag zur Förderung des Stadtteiltreffs Gonsenheim**

- a) Feststellung der Zulässigkeit**
 - b) Anhörung der vertretungsberechtigten Personen**
 - c) Beschluss über den Einwohnerantrag**
- Vorlage: 1433/2017**

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden begründet Herr Pfarrer Nose den Einwohnerantrag zur Förderung des Stadtteiltreffs Gonsenheim. An der darauffolgenden Aussprache beteiligen sich Frau Flegel (CDU), Herr Behringer (SPD), Frau Jaensch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Proske (DIE LINKE), Frau Willius-Senzer (FDP), Herr Dr. Moseler (ÖDP) und Frau Siebner (CDU).

Nach einer Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Dr. Lensch für die Verwaltung wird der Einwohnerantrag einstimmig für zulässig erklärt und zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Darüber hinaus beschließt man ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, die Entscheidung öffentlich bekannt zu machen.

Punkt 40 **Bürgerbegehren zur Erweiterung des Gutenberg Museums**

- a) Anhörung der vertretungsberechtigten Personen**
 - b) Beschluss über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens**
- Vorlage: 1610/2017**

Im Rahmen der Anhörung der vertretungsberechtigten Personen begründet Herr Haase das Bürgerbegehren für die Bürgerinitiative. Es werde die Ansicht vertreten, dass das Bürgerbegehren entgegen der Auffassung der Verwaltung zulässig sei. Dem schließt sich Herr Mehler (FW-G) an.

Anschließend nimmt Herr Oberbürgermeister Ebling für die Verwaltung Stellung und erläutert eingehend die Gründe für die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens.

In der nachfolgenden Abstimmung wird das Bürgerbegehren bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, ÖDP und FW-G und Enthaltungen der AfD-Fraktion für unzulässig erklärt.

Anträge

- Punkt 41** **Bürgerentscheid zum Gutenberg-Museum (ÖDP/FW-G)**
Vorlage: 1606/2017
- Punkt 42** **Bürgerentscheid zum Erweiterungsbau des Gutenbergmuseums**
(SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
Vorlage: 1706/2017
- Punkt 43** **Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 17a der GemO RLP zum Gutenberg-Museum (CDU)**
Vorlage: 1707/2017

Den gemeinsamen Antrag von ÖDP- und FW-G-Fraktion begründen Herr Dr. Moseler (ÖDP) und Herr Mehler (FW-G). Für den Antrag der Koalition nehmen Frau Gill-Gers (SPD), Herr Heinisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Koppius (FDP) Stellung und erklären, dass man Ziffer 1 des Antrages der CDU-Fraktion zustimmen und sich den übrigen Punkten nicht anschließen könne. Schließlich begründet Herr Schönig den Antrag der CDU-Fraktion und wirbt um Zustimmung. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Frau Hingst (DIE LINKE) und Herr Stumpf (AfD).

Nach einer kurzen Stellungnahme von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantragt Herr Dr. Moseler eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Antrags der CDU-Fraktion und der beiden Sätze im Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag von ÖDP und FW-G bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag der Koalition wird mit großer Mehrheit beschlossen. Ziffer 1 des CDU-Antrags wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen; Ziffer 2 wird mehrheitlich abgelehnt.

- Punkt 44** **Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für die Region Rheinhessen**
gemeinsam mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms sowie der
Stadt Worms (CDU)
Vorlage: 1708/2017
- Punkt 44.1** **Ergänzungsantrag zum Antrag 1708/2017 der CDU-Stadtratsfraktion (SPD,**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
Vorlage: 1708/2017/1

Die Begründung des Antrages der CDU-Fraktion übernimmt Herr Gerster und erklärt, dass man dem Ergänzungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zustimmen könne. Für die Koalition nehmen Frau Dr. Pohl (SPD), Herr Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Koppius (FDP) Stellung und erklären, dass man dem CDU-Antrag ebenfalls zustimmen werde.

Nach einer kurzen Stellungnahme von Frau Beigeordneter Eder und Herrn Oberbürgermeister Ebling werden beide Anträge einstimmig beschlossen.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 45 Sachstandsberichte

Punkt 45.1 Sachstandsbericht zum Antrag 1340/2014/1 von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP; hier: Erarbeitung eines erweiterten Versorgungskonzepts für psychisch erkrankte Personen in Mainz
Vorlage: 1422/2017

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Wiedervorlage in drei Jahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.10.2017.

Punkt 45.2 Sachstandsbericht zum Antrag 0805/2016 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP; hier: Entwicklung eines „Teams Wohnen“
Vorlage: 1423/2017

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Wiedervorlage in zwei Jahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.10.2017.

Punkt 45.3 Sachstandsbericht zum Antrag 1475/2011 der CDU; hier: Zukunftskonzept Mehrgenerationenwohnen
Vorlage: 1440/2017

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Ausgehend von den drei vorgestellten Bereichen und Projekten werden systematisch Strukturen und Perspektiven aufgebaut, die das Mehrgenerationenwohnen in Mainz langfristig konzeptionell verankern. Sie erfüllen damit die Kriterien, die mit dem Antrag 1475/2011 nach einem Zukunftskonzept Mehrgenerationenwohnen verknüpft sind.

Der Sachstandsbericht zum Antrag Zukunftskonzept Mehrgenerationenwohnen wird zur Kenntnis genommen und der Antrag 1475/2011 als erledigt betrachtet.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.10.2017.

Punkt 46 **Rathaus Mainz;**
hier: Sachstand und weiteres Verfahren
Vorlage: 1623/2017

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Rathaussanierung zur Kenntnis. Die Beschlussfassung soll sodann in einer darauffolgenden Sitzung des Stadtrates erfolgen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.11.2017.

Punkt 47 **Gleichstellungspläne der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe 2016**
Vorlage: 1497/2017

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von den Gleichstellungsplänen der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.10.2017.

Punkt 48 **1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das**
Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 1613/2017

Der Stadtrat nimmt den Verwaltungsentwurf zur 1. Nachtragshaushaltssatzung und zum 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.11.2017.

Punkt 49 **Nachtrag zum Stellenplan**
Vorlage: 1545/2017

Der Stadtrat nimmt den Nachtrag zum Stellenplan 2017/2018 zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.11.2017.

Punkt 50 **Abschlussbericht zum Projekt "Aufbau eines zentralen, strategischen Immobilienmanagements bei der Landeshauptstadt Mainz"**
Vorlage: 1546/2017

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Abschlussbericht zum Projekt "Aufbau eines zentralen, strategischen Immobilienmanagements bei der Landeshauptstadt Mainz".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.11.2017.

Punkt 51 **Kommunale Datenzentrale Mainz;**
hier: Wirtschaftsplan der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2018
Vorlage: 1520/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Wirtschaftsplan der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2018.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.11.2017.

Punkt 52 **Kommunale Datenzentrale Mainz;**
hier: Investitionsprogramm zum Wirtschaftsplan der KDZ Mainz des
Geschäftsjahres 2018
Vorlage: 1528/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen das Investitionsprogramm zum Wirtschaftsplan der KDZ Mainz des Geschäftsjahres 2018.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.11.2017.

Punkt 53 **Kommunale Datenzentrale Mainz;**
hier: Preisverzeichnis der KDZ Mainz ab dem Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 1527/2017

Der Stadtrat beschließt das Preisverzeichnis der KDZ Mainz, das ab dem 1. Januar 2018 gültig ist.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.11.2017.

Punkt 54 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 54.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Wohnbau Mainz GmbH (WBM);**
hier: Einbringung der Anteile der Stadt Mainz an der WBM in Höhe von
24,9% in die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mit
beschränkter Haftung (ZBM)
Vorlage: 1442/2017

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen:

1. den Geschäftsanteil der Stadt Mainz an der Wohnbau Mainz GmbH (WBM) in Höhe von 8.839.500 EUR bzw. 24,9% auf die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz (ZBM) zu übertragen und
2. den Gesellschaftsvertrag der WBM entsprechend dem in der Anlage vorgelegten Entwurf anzupassen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2017.

Punkt 54.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Wohnbau Mainz GmbH (WBM);**
hier: Anpassung des Betrauungsaktes
Vorlage: 1444/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Betrauungsakt der Stadt Mainz zugunsten der Wohnbau Mainz GmbH in der als Anlage beiliegenden Fassung.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2017.

Punkt 54.3 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Wohnbau Mainz GmbH;**
hier: Jahresabschluss der Wohnbau Mainz GmbH zum 31.12.2016
Vorlage: 1081/2017

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Wohnbau Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2016;
2. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016;
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016;
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, den Jahresüberschuss i. H. v. 2.986.582,82 € auf neue Rechnung vorzutragen;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG über die Prüfung des Jahresabschlusses der Wohnbau Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.10.2017.

Die Stadtratsmitglieder Siebner, Kinzelbach, Klomann, Lange, Viering, Hingst und Proske nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 54.4 **Wirtschaftliche Beteiligungen: TechnologieZentrum Mainz GmbH**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 1463/2017

Der Stadtrat stimmt gemäß § 89 Abs.2 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz der Bestellung von Herrn Dipl.-Kfm. Steuerberater/Wirtschaftsprüfer Günter Henk, Kaiserslautern, als Abschlussprüfer für die TechnologieZentrum Mainz GmbH zur Prüfung des Jahresabschlusses 2017 einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.10.2017.

Punkt 54.5 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Rhein-Main-Donau AG;**
hier: Verkauf der Aktien
Vorlage: 1472/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Verkauf von zwei Aktien der Rhein-Main-Donau AG gegen einen Gesamtbetrag in Höhe von 5.200 € an die Rhein-Main-Donau AG.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.10.2017.

Punkt 54.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Grundstücksverwaltungsgesellschaft der**
Stadt Mainz mbH;
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 1566/2017

Der Stadtrat stimmt gemäß § 89 Abs. 2 i. V. mit § 89 Abs. 6 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz der Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG, Mainz, als Abschlussprüfer für die Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG) zur Prüfung des Jahresabschlusses 2017 einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.11.2017.

Punkt 55 **Taubertsbergbad Mainz;**
hier: Zukunftskonzept
Vorlage: 1454/2017

Nach einleitenden Worten von Herrn Oberbürgermeister Ebling nehmen Herr Schönig (CDU), Herr Baglan (SPD), Frau Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Proske (DIE LINKE) für ihre Fraktion Stellung und erklären, dass man der Vorlage zustimmen könne. Nach einer kurzen Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Beck und Herrn Oberbürgermeister Ebling wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Stadtrat

1. beschließt die Sachkapitaleinlage der Grundstücke des Taubertsbergbades (Gemarkung Mainz, Flur 16, Flurstücks nummern 47/32, 47/35 und 47/ 38) mit einem Einbringungswert i. H. v. 5,4 Mio. EUR in das Vermögen der Mainzer Stadtwerke AG (MSW);
2. stimmt der Erhöhung des Grundkapitals der Mainzer Stadtwerke AG von 180 Mio. EUR um 5 Mio. EUR auf 185 Mio. EUR durch Ausgabe von 19 neuen nennwertlosen Stückaktien für die Stadt Mainz und die Einstellung von 0,4 Mio. EUR in die Kapitalrücklage der MSW als Gegenwert für die Sachkapitaleinlage zu;
3. beschließt die Zahlung eines pauschalen jährlichen städtischen Zuschusses i. H. v. 1,3 Mio. EUR zzgl. USt in den ersten drei Wirtschaftsjahren (2018-2020) an die Mainzer Stadtbad GmbH und für die anschließenden Wirtschaftsjahre einen jährlichen Verlustausgleich in Höhe der jährlichen Defizite aus dem öffentlichen Badbetrieb (Hallen- und Freibad, sog. DAWI-Bereich) zzgl. USt an die Mainzer Stadtbad GmbH;
4. beschließt die Erhöhung des bisherigen Haushaltsansatzes von 1,07 Mio. EUR incl. USt auf 1,547 Mio. EUR incl. USt für die Jahre 2018-2020 und die Einstellung dieses Betrages in den Nachtragshaushalt 2018 und in den Doppelhaushalt 2019-2020 der Stadt Mainz;
5. beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 2,5 Mio. EUR im Teilhaushalt des Amtes 80 (Entgelte für Gebäudedienstleistungen) in 2017 aufgrund höherer Aufwendungen der GWM im Rahmen der Sanierung des Bades;
6. ermächtigt den Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Mainz in der Gesellschafterversammlung der Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM), die Geschäftsführung der ZBM anzuweisen, in der Hauptversammlung der MSW einen Beschluss gem. § 119 Abs. 2 AktG in Bezug auf die Übernahme des Bades und der Übernahme des Badbetriebs und die notwendigen zu schließenden Vereinbarungen zu fassen;
7. ermächtigt den Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Mainz, in der Hauptversammlung der MSW in Bezug auf die städtischen Stimmrechte, einen Beschluss gem. § 119 Abs. 2 AktG in Bezug auf die Übernahme des Bades und der Übernahme des Badbetriebes und die notwendigen zu schließenden Vereinbarungen zu fassen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2017.

Punkt 56 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-
leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 1453/2017

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0100/2017, 0108/2017, 0109/2017 und 0110/2017 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2017.

Punkt 57 **Wirtschaftsförderung;**
Gründung des Vereins "Digital HUB Mainz" und Beitritt der Landeshaupt-
stadt Mainz als Gründungsmitglied
Vorlage: 1611/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig eine Mitgliedschaft als Gründungsmitglied in dem Verein „Gutenberg Digital HUB Mainz“, da hierdurch eine nachhaltige Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Region durch Förderung der Digitalisierung durch die öffentliche Hand wie auch durch die Wirtschaft erfolgt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.11.2017.

Punkt 58 **Namensgebung für die Integrierte Gesamtschule Mainz-Hechtsheim;**
hier: Umbenennung in "IGS Auguste Cornelius Mainz-Hechtsheim"
Vorlage: 1404/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass der Integrierten Gesamtschule Mainz-Hechtsheim der Name "IGS Auguste Cornelius Mainz-Hechtsheim" verliehen wird.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.09.2017.

Punkt 59 **Erhöhung der Schulsozialarbeit an den Integrierten Gesamtschulen in Mainz**
Vorlage: 1447/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die dauerhafte Aufstockung der Schulsozialarbeit an den drei Integrierten Gesamtschulen um jeweils 0,5 VZÄ auf 1 VZÄ und
2. die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 81.360 € im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnishaushalt des Amtes 51.

Dies geschieht unter der Voraussetzung, dass das Land die Schulsozialarbeit entsprechend fördert.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.10.2017.

Punkt 60 **Jugendpflegeetat - Erhöhung des Zuschussatzes für Betreuerinnen und Betreuer**
Vorlage: 1457/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Erhöhung des Zuschussatzes für Betreuerinnen und Betreuer (Jugendgruppenleiter) von derzeit 2 € auf 3 € pro Betreuer und Tag bei Sozialer Bildung und Freizeit oder pro doppelter Programmstunde bei Jugendgruppenleiterlehrgängen und staatsbürgerlichen/sozialpolitischen Bildungen erhöht. Je 8 angefangenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird ein Betreuer anerkannt.

Die Zuschusserhöhung soll erstmals ab 01.01.2018 für Maßnahmen, die im Jahr 2018 stattfinden werden, wirksam werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.10.2017.

Punkt 61 **Finanzstatus Amt 51;**
hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Mehr
aufwendungen bei den erzieherischen Hilfen für unbegleitete minderjährige
Ausländer
Vorlage: 1476/2017

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat die Mehraufwendungen im Pflichtleistungsbereich bei den erzieherischen Hilfen in Höhe von 3.300.000 € für das Haushaltsjahr 2017 für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) überplanmäßig bereit zu stellen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.10.2017.

Punkt 62 **Kindertagespflege;**
Erhöhung der Förderleistung in der Kindertagespflege
Vorlage: 1413/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Neufassung der im Entwurf beigefügten Satzung zur Förderung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Mainz.
Die Finanzierung der erhöhten Förderleistungen erfolgt durch Haushaltsmittel, die im Rahmen des Betreuungsbonus des Landes Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.10.2017.

Punkt 63 **Städtische Kita Bretzenheim-Süd;**
hier: Ersatzneubau mit Veränderung des Betreuungsangebotes und
provisorische Unterbringung bis zur Fertigstellung
Vorlage: 1294/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die Errichtung eines Ersatzneubaus der städtischen Kindertagesstätte Bretzenheim-Süd, sowie
2. die vorübergehende Unterbringung der Kinder in provisorischen Räumlichkeiten bis zur Inbetriebnahme des Neubaus.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2017.

Punkt 64 **„Umgestaltung Boppstraße / Bonifaziusstraße“ im Rahmen des Bund-**
Länder-Programmes „Soziale Stadt“ überplanmäßige Bereitstellung einer
Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: 1609/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Projekt „SST RFN Bopp- und Bonifaziusstraße.“ in Höhe von 2.501.990,57 Euro im Haushaltsjahr 2017 zu Lasten der genehmigten Verpflichtungsermächtigungen:

1. Erweiterung Gutenberg-Gymnasium (Projekt-Nr. 7.000627)
i. H. v. 1.000.000,00 Euro
2. Kanonikus-Kir RS + Sanierung 1. BA (Projekt-Nr. 7.000707)
i. H. v. 1.000.000,00 Euro
3. Sanierung Schlossgymnasium (Projekt-Nr. 7.000715)
i. H. v. 501.990,57 Euro.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.11.2017.

Punkt 65 **Überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 2 Mio. Euro für die Fördermaßnahme "Umgestaltung Wallaustraße" im Rahmen des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“.**
Vorlage: 1494/2017

Bei einer Gegenstimme beschließt der Stadtrat die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 548.410 Euro im Haushaltsjahr 2017 und 1.543.459 Euro im Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzhaushalt des Amtes 51.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.10.2017.

Punkt 66 **Thermische Verwertung Mainz GmbH;**
hier: Übertragung von Geschäftsanteilen
Vorlage: 1289/2017

Der Stadtrat stimmt der Übertragung von 2% der Geschäftsanteile der Thermischen Verwertung Mainz GmbH vom Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR auf die Stadt Wiesbaden Eigenbetrieb Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) ohne Gegenstimmen zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.09.2017.

Punkt 67 **10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 21. Juli 2016**
Vorlage: 1414/2017

Der Stadtrat beschließt bei einer Gegenstimme die als Anlage beigefügte 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 01. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 21. Juli 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.10.2017.

Punkt 68 **Änderung Kostenplan des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz vom 14. Dezember 2016**
Vorlage: 1415/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Kostensätze für die Benutzung der Dienst- und Sonderfahrzeuge, die Ausführung von Dienstleistungen und die Abgabe von Verbrauchsmitteln nach Maßgabe der beiliegenden Entwurfsfassung mit Wirkung vom 1. Januar 2018.

Der Entwurf der Änderung des Kostenplanes des Entsorgungsbetriebes liegt den Fraktionen zur Einsicht vor.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.10.2017.

Punkt 69 **Wirtschaftsplan 2018 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz**
Vorlage: 1427/2017

Der Stadtrat beschließt bei Enthaltungen der ÖDP-Fraktion den Wirtschaftsplan 2018, den Finanzplan und die Stellenübersicht des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz.

Gleichzeitig werden festgesetzt:

a) der Gesamtbetrag der Kredite auf	0 Euro
b) der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 Euro
c) der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	5.000.000 Euro

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2018 liegt den Fraktionen zur Einsicht vor.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.10.2017.

Punkt 70 **Investitionsprogramm des Entsorgungsbetriebes zum Finanzplan 2017-2021**
Vorlage: 1272/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig das als Anlage beigefügte Investitionsprogramm des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz für die Jahre 2017-2021. Die jeweilige Beauftragung der Investitionen erfolgt durch einzelne Vorlagen.

Der Entwurf des Investitionsprogramms zum Finanzplan 2017-2021 liegt den Fraktionen zur Einsicht vor.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.09.2017.

Punkt 71 **Straßenbenennung in Mainz-Weisenau;**
hier: Bebauungsplan "Heiligkreuz-Areal (W 104)" Mainz-Weisenau
Vorlage: 1357/2017

In getrennter Abstimmung beschließt der Stadtrat einstimmig, die neu entstehenden Straßen im Bebauungsplan W 104 „Heiligkreuz-Areal“ wie folgt zu benennen:

Planstraße A: Annemarie-Renger-Straße

Planstraße C: Petra-Kelly-Straße

Bei 2 Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE beschließt der Stadtrat, die neu entstehende Straße im Bebauungsplan W 104 „Heiligkreuz-Areal“ wie folgt zu benennen:

Planstraße B: Walter Hallstein Straße

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.09.2017.

Punkt 72 **Besetzung des Theaterbeirats für die kommenden drei Spielzeiten**
Vorlage: 1626/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Berufung der von den Stadtratsfraktionen vorgeschlagenen Personen in den Theaterbeirat für die Dauer der drei kommenden Spielzeiten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.11.2017.

Punkt 73 **Investitionsprogramm 2017-2021**
des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz
Vorlage: 1410/2017

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat das als Anlage beigefügte Investitionsprogramm 2018 der Gebäudewirtschaft Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.10.2017.

Punkt 74 **Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz**
Vorlage: 1411/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig den als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2018 der Gebäudewirtschaft Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.10.2017.

Punkt 75 **Bestellung des Abschlussprüfers für die Rechnungsjahre 2017 bis 2019 der Gebäudewirtschaft Mainz**
Vorlage: 1412/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen die Bestellung der SWS Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nikolaus-Otto-Straße 9, 55129 Mainz als Abschlussprüfer für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2017 bis 2019 der Gebäudewirtschaft Mainz zu beauftragen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 05.10.2017.

Punkt 76 **Planungs- und Gestaltungsbeirat Mainz;**
hier: Turnusgemäße Neubesetzung des Beirats ab 2018
Vorlage: 1480/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig die vorgeschlagene Vorgehensweise zur zweiten turnusmäßigen Neubesetzung des Planungs- und Gestaltungsbeirats.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.10.2017.

Punkt 77 **Bauleitplanverfahren "O 43/ 1.Ä" (Aufstellungsbeschluss)**
Bebauungsplanentwurf "Villengebiete Oberstadt – 1. Änderung (O 43/1. Ä)"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1488/2017

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat zu dem o. g. Bauleitplanentwurf den Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.10.2017.

Punkt 78 **Bauleitplanverfahren "O 67" (Satzungsbeschluss)**
Bebauungsplanentwurf "Backhaushohl / Römersteine (O 67)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: 1437/2017

Der Stadtrat beschließt bei Enthaltungen der ÖDP-Fraktion einstimmig:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.10.2017.

Punkt 79 **Bauleitplanverfahren "Alte Mainzer Straße (He 131)" (Satzungsbeschluss)**
a) Änderung Nr. 51 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich
des Bebauungsplanes "He 131";
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss der FNP-Änderung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m.
§ 32 GemO
- Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB

b) Bebauungsplanentwurf "Alte Mainzer Straße (He 131)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4
BauGB
Vorlage: 1456/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

zu a)

- die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
- die Flächennutzungsplanänderung Nr. 51 einschließlich Begründung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m § 32 GemO,
- die zusammenfassende Erklärung gem. § 6 Abs. 5 BauGB.

zu b)

- die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
- unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,
- die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2017.

Punkt 81 **Bauleitplanverfahren "L 72" (Aufstellungsbeschluss)**
Bebauungsplanverfahren "Oberer Dorfgraben (L 72)"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1469/2017

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat zum o. g. Bauleitplanentwurf:

- den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.10.2017.

Punkt 80 **Veränderungssperre "L 72-VS"**
Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfs
"Oberer Dorfgraben (L 72)", Satzung "L 72-VS"
hier: - Beschluss der Veränderungssperre als Satzung gemäß § 16 BauGB
i. V. m. § 14 BauGB
Vorlage: 1468/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

- gemäß § 16 BauGB i. V. m. § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Oberer Dorfgraben (L 72)" die Veränderungssperre "L 72-VS" als Satzung.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.10.2017.

Punkt 82 **Fortschreibung Rahmenplan "Konversionsmaßnahme GFZ-Kaserne (O 53)"**
Fortschreibung des Städtebaulichen Rahmenplanes "Konversionsmaßnahme GFZ-Kaserne (O 53)";
hier: Beschluss
Vorlage: 1471/2017

Bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion beschließt der Stadtrat die Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes "Konversionsmaßnahme GFZ-Kaserne (O 53)" und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis einen städtebaulichen und freiraumplanerischen Ideenwettbewerb durchzuführen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.10.2017.

Punkt 83 **Aktualisierung der nachrichtlichen Denkmalliste;**
hier: Anhörung der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 3
Denkmalschutzgesetz (DSchG) zur Eintragung von Kulturdenkmälern
- Staudinger Weg 15 (Zentralmensa)
- Johann-Joachim-Becher-Weg 21, 23 (Naturwissenschaftliche Fakultät und "Muschel")
Vorlage: 1467/2017/1

Der Stadtrat beschließt einstimmig, Bedenken und Anregungen nicht geltend zu machen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.11.2017.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 84 Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

Punkt 84.1 Ergänzung von Gremien Vorlage: 0006/2017

Der Stadtrat wählt bzw. entsendet die nachfolgenden Personen in die jeweiligen Gremien:

1. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird

Celine Lehr

als Mitglied (Stadtschülerrat) in das o. g. Gremium gewählt.

2. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag des Stadtjugendrings werden als Stellvertretungen

Raoul Taschinski

Christopher Baumert

Lukas Winterholler

Schlera Tariq

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag des DPWV wird als Nachfolgerin von Hr. Hinze

Katharina Gutsch

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.09.2017.

Punkt 85 Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 86 **Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]**

Hierzu sind keine Vorlagen zu verzeichnen.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Christoph Sell
Schriftführung